

# „Heldin des anderen Amerikas“ Die DDR-Solidaritätsbewegung für Angela Davis, 1970–1973

Sophie Lorenz

Am 6. November 1970 veröffentlichte die „Ostsee-Zeitung“ mit Sitz im beschaulichen Greifswald ein Solidaritätsschreiben von Schülern der örtlichen Oberschule. Sie forderten „Freiheit für Angela Davis“ und riefen die Jugend der Ostseeregion dazu auf, „Blumengrüße der Solidarität“ in die USA zu schicken.<sup>1</sup> Wenige Tage zuvor hatte das „Neue Deutschland“ zum ersten Mal über die Festnahme der afroamerikanischen Bürgerrechtsaktivistin durch die Bundespolizei FBI in New York berichtet.<sup>2</sup>

Im August 1970 war Davis wegen ihrer angeblichen Mittäterschaft bei einer missglückten Geiselnahme in einem kalifornischen Gerichtsgebäude auf die Liste der zehn meistgesuchten Verbrecher der USA gesetzt worden. Ziel der Geiselnahme war die Befreiung dreier afroamerikanischer Gefängnisinsassen, der so genannten Soledad Brothers, denen der Mord an einem Gefängniswärter vorgeworfen wurde. Davis hatte sich in einer Bürgerinitiative politisch engagiert, die den Freispruch der drei Männer forderte. Weil die bei der Geiselnahme verwendeten Waffen auf ihren Namen registriert waren, wurde Davis der Mittäterschaft verdächtigt, obwohl sie sich nicht im Gerichtsgebäude befunden hatte. Nachdem sie zwei Monate lang untergetaucht war, wurde Davis schließlich am 13. Oktober 1970 verhaftet.<sup>3</sup> In der Folgezeit wurde sie für die amerikanische Öffentlichkeit zur Personifikation schwarzer Militanz und erschien besonders Konservativen als eine sinnbildliche Bedrohung des „American Way of Life“.<sup>4</sup>

Eine besondere politische Brisanz hatte ihr Fall dadurch, dass ihr – angeklagt wegen Mord, Entführung und Verschwörung – nach kalifornischem Recht bei einem Schuldspruch die Todesstrafe drohte. Kurze Zeit nach ihrer Festnahme formierte sich in den USA unter dem Slogan „Free Angela Davis“ eine Protestbewegung, die von einem breiten Spektrum an Aktivisten getragen wurde.

---

<sup>1</sup> Freiheit für Angela Davis, in: *Ostsee-Zeitung*, 6.11.1970.

<sup>2</sup> Angela Davis in Gefahr, in: *Neues Deutschland*, 23.10.1970.

<sup>3</sup> Eine geschichtswissenschaftliche Erforschung des Davis-Prozesses sowie der US-Solidaritätskampagne steht noch aus. Über den Prozess: Bettina Aptheker, *The Morning Breaks. The Trial of Angela Davis*, New York 1975, 2. Aufl. Ithaca 1999; Angela Y. Davis, *An Autobiography*, New York 1974 (dt.: *Mein Herz wollte Freiheit. Eine Autobiographie*, München 1975).

<sup>4</sup> The FBI's Toughest Foe: 'The Kids', in: *Newsweek*, 26.10.1970; The Making of a Fugitive. The Path of Angela Davis, in: *LIFE Magazine*, 11.9.1970.

Dazu zählten neben Davis' Familie auch Persönlichkeiten wie die Sängerin Aretha Franklin und der Schriftsteller James Baldwin, Teile der Neuen Linken, der radikalen Black Panther Party (BPP) sowie der Kommunistischen Partei der USA (KPUSA). Koordiniert wurden die Proteste durch das National United Committee to Free Angela Davis (NUCFAD). Dieses sah in Davis' Verhaftung sowie dem folgenden Prozess eine rassistisch motivierte Verschwörung und eine Verletzung der Menschenrechte.<sup>5</sup> Den ersten amerikanischen Demonstrationen folgte bald ein weltweites Echo, in dessen Folge Davis nicht nur zu einem Symbol für Black Power wurde, sondern neben Ernesto „Che“ Guevara und Mao Zedong zu einer Ikone der neuen linken Protestbewegungen in den frühen 1970er-Jahren.<sup>6</sup> In der Bundesrepublik rief Herbert Marcuse, Davis' Doktorvater und Philosoph der Frankfurter Schule, zur Formierung einer internationalen Protestbewegung auf.<sup>7</sup>

Auf der anderen Seite des Eisernen Vorhangs löste Angela Davis' Verhaftung ebenfalls Proteste aus. Dem Vorbild Moskaus folgend wurden in verschiedenen Ländern des Ostblocks Solidaritätsaktionen organisiert, wobei die DDR-Kampagne herausragte.<sup>8</sup> Die Zahl der Solidaritätsappelle stieg innerhalb kurzer Zeit stetig an. Seit dem Winter 1970/71 fanden in der gesamten DDR Aktionen für Davis statt, die bis zu ihrem Freispruch knapp zwei Jahre später andauerten. Unter Anweisung der SED-Spitze und geleitet durch die Massenorganisationen war dies eine der umfangreichsten Solidaritätsbewegungen in der Geschichte der DDR. Als angeblich verbündete „Friedenskämpferin“ wurde Angela Davis zu einem festen Bestandteil der politisch-ideologischen Ikonographie des SED-Regimes.<sup>9</sup>

<sup>5</sup> Vgl. Angela Y. Davis u.a. (Hg.), *If They Come in the Morning. Voices of Resistance*, New York 1971.

<sup>6</sup> Martin Klimke, *The Other Alliance. Student Protest in West Germany and the United States in the Global Sixties*, Princeton 2010, S. 134ff. Zur Perzeption von Davis in Westdeutschland: Johanna Meyer-Lenz, Angela Davis und Ulrike Meinhof. Ein biographischer Vergleich im Kontext unterschiedlicher Protestkulturen, in: Karl Christian Führer u.a. (Hg.), *Eliten im Wandel. Gesellschaftliche Führungsschichten im 19. und 20. Jahrhundert*, Münster 2004, S. 314-335; Johanna Meyer-Lenz/Nina Mackert, Angela Davis. Zur Konstruktion einer afroamerikanischen Identität im Kontext der 68er-Bewegung, in: Burghart Schmidt (Hg.), *Menschenrechte und Menschenbilder von der Antike bis zur Gegenwart*, Hamburg 2006, S. 255-276. Zu Reaktionen in beiden deutschen Staaten auf Davis' Verhaftung siehe Katrina M. Hagen, *Internationalism in Cold War Germany*, Washington 2008, S. 325ff.

<sup>7</sup> Herbert Marcuse, Helft Angela [1970], in: ders., *Nachgelassene Schriften, Bd. 4: Die Studentenbewegung und ihre Folgen*, hg. von Peter Erwin Jansen, Springe 2004, S. 173.

<sup>8</sup> Dies wird auch am überdurchschnittlich hohen Anteil von DDR-Solidaritätspost in US-amerikanischen Archivbeständen deutlich.

<sup>9</sup> Siehe etwa Volk und Wissen (Hg.), *Geschichte. Lehrbuch für Klasse 10*, Berlin (Ost) 1989, S. 207.



FDJ-„Freundschaftsmeeting“ mit Angela Davis (rechts im Bild), 11. September 1972 (Bundesarchiv, Bild 183-L0912-416, Allgemeiner Deutscher Nachrichtendienst – Zentralbild, Foto: Klaus Franke)

Mit dem innerparteilichen Putsch gegen Walter Ulbricht und der Ernennung Erich Honeckers zum ersten Sekretär des Zentralkomitees der SED hatte es im Frühjahr 1971 einen Machtwechsel an der Spitze der DDR gegeben. Die Bevölkerung nahm diese veränderten Führungsverhältnisse zunächst positiv auf, verband man mit dem jüngeren Honecker doch die Hoffnung auf modernere, bessere Lebensbedingungen. Allerdings sah sich auch Honecker mit der Aufgabe konfrontiert, bei der nachwachsenden Generation die Akzeptanz der sozialistischen Herrschaft sichern zu müssen.<sup>10</sup> Hinzu kamen die im Rahmen der neuen Ostpolitik Willy Brandts stattfindenden Verhandlungen zwischen der Bundesrepublik und der DDR. Mit dem angestrebten Berlin-Abkommen zwischen den vier Besatzungsmächten deutete sich 1971 ein wichtiger Fortschritt für die deutsch-deutsche Entspannungspolitik an. Durch eine Annäherung zwischen den beiden deutschen Staaten schienen sich zudem die Chancen der DDR auf einen UN-Beitritt zu verbessern. Doch die ersehnte deutsch-deutsche und internationale Anerkennung machte es für die DDR-Führung umso dringlicher, den eigenen Staat von der Bundesrepublik abzugrenzen sowie eine genuine sozialistische Identität zu schaffen. Um das Parteiregime zu legitimieren, war

<sup>10</sup> Vgl. z.B. Mary Fulbrook, *Anatomy of a Dictatorship. Inside the GDR 1949–1989*, Oxford 1995, S. 141ff. Zur Bedeutung der Jugend im Kontext der Herrschaftsstabilisierung: Dorothee Wierling, *Youth as Internal Enemy. Conflicts in the Education Dictatorship of the 1960s*, in: Katherine Pence/ Paul Betts (Hg.), *Socialist Modern. East German Everyday Culture and Politics*, Ann Arbor 2008, S. 157–182.

es notwendig, den real existierenden Sozialismus noch stärker im Alltag der Bevölkerung zu verankern. Die SED-Spitze schrieb dabei „Solidarität“ als politischer und sozialer Praxis eine zentrale Bedeutung zu.

Vor dem Hintergrund des Systemkonflikts waren Solidaritätsbekundungen, wie sie ab November 1970 an Angela Davis adressiert wurden, in der DDR folglich nichts Ungewöhnliches. Die öffentliche Inszenierung von Solidarität, angefangen von den Aktionen der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft (DSF) bis zu den Solidaritätskampagnen für Vietnam oder Chile, stellte einen festen Bestandteil der DDR-Propaganda dieser Zeit dar.<sup>11</sup> Bemerkenswert ist die Solidaritätskampagne für Davis unter anderem deshalb, weil sie den Blick auf Verbindungen zwischen der DDR und Teilen der afroamerikanischen Bürgerrechtsbewegung lenkt; dies ergänzt die Geschichte der DDR um eine aufschlussreiche transnationale Dimension.

Im Zentrum des folgenden Beitrags steht die Frage, inwiefern sich die Solidaritätskampagne für Davis in ihrem Verlauf und ihrem Inhalt von anderen Solidaritätsaktionen abhob. In welcher Beziehung stand die Kampagne darüber hinaus zu den internationalen und nationalen Anerkennungsbestrebungen der DDR am Beginn der 1970er-Jahre? Die untersuchungsleitende These lautet dabei, dass Angela Davis aus Sicht der SED-Führung das Potential einer Integrationsfigur hatte, die für außen- und innenpolitische Ziele instrumentalisiert werden konnte. Ihre Beliebtheit ist damit aber noch nicht hinreichend erklärt.

Die Solidaritätsbewegung für Davis wird zunächst im Spektrum der außen- und innenpolitischen Solidaritätsaktionen der DDR und der politischen Situation in den USA betrachtet. Anschließend wird genauer untersucht, wie Davis' Fall in der öffentlichen Debatte der DDR kontextualisiert wurde. Dabei ist eine inszenierte Öffentlichkeit gemeint, die durch das Parteiregime über die Medien und das Verbandsleben in den Massenorganisationen kontrolliert wurde. Der Fokus richtet sich auf Eigenschaften und Besonderheiten in der Repräsentation von Angela Davis, die die Amerikanerin für Legitimationsbestrebungen der SED anschlussfähig machten, aber auch für Bedürfnisse und Interessen bestimmter Teile der DDR-Bevölkerung.

---

<sup>11</sup> Zur DSF siehe Jan C. Behrends, *Die erfundene Freundschaft. Propaganda für die Sowjetunion in Polen und in der DDR*, Köln 2006, S. 158. Zum Komplex der Solidarität vgl. Patrice G. Poutrus, Die DDR als „Hort der internationalen Solidarität“. Ausländer in der DDR, in: Thomas Großbölting (Hg.), *Friedensstaat, Leseland, Sportnation. DDR-Legenden auf dem Prüfstand*, Bonn 2010, S. 134-154; Marianne Krüger-Potratz/Annette Krüger/Werner Winter, Völkerfreundschaft und internationale Solidarität, in: Ministerium für Bildung, Jugend und Sport des Landes Brandenburg (Hg.), *Freundschaft! Die Volksbildung der DDR in ausgewählten Kapiteln*, Berlin 1996, S. 171-255. Quellen der DDR-Solidaritätsaktionen: Deniz Göktürk/David Gramling/Anton Kaes (Hg.), *Transit Deutschland. Debatten zu Nation und Migration*, Konstanz 2011, S. 95-149.

## 1. Angela Davis im Kontext der sozialistischen Solidaritätspolitik der DDR

Antiimperialistische Solidarität war im antifaschistischen Gründungsmythos der DDR fest verankert. Neben „sozialistischem Internationalismus“ war sie seit 1968 auch in der Verfassung enthalten und zählte zu den Leitprinzipien der DDR-Außenpolitik.<sup>12</sup> Im Rahmen ihrer Anerkennungsoffensive, aber auch im Kontext des „sozialistischen Aufbaus“ der DDR – also des angestrebten Nationsbildungsprozesses als eigenständige deutsche Gesellschaft – entwickelte die SED-Führung in den 1950er- und 1960er-Jahren eine Strategie, die hier als „sozialistische Solidaritätspolitik“ bezeichnet wird. Sie sollte der Herrschaftslegitimation des Regimes nach außen wie nach innen dienen.

Außenpolitisch stand der Aufbau eines internationalen Bündnissystems im Mittelpunkt der Bestrebungen. Die SED-Führung kritisierte die Nichtanerkennungspolitik des Westens, die auf der 1955 durch die Bundesrepublik Deutschland proklamierten Hallstein-Doktrin basierte, als Verletzung der Souveränität anderer Staaten. Gleichzeitig stellte sie ihre Außenpolitik auf die veränderten internationalen Konstellationen nach dem Beginn der Dekolonialisierung ein.<sup>13</sup> Zunehmend bemühte sich die DDR-Regierung, diplomatische Verbindungen zu den gerade unabhängig gewordenen Staaten in Afrika und Asien aufzunehmen. Innerhalb dieses Handlungsrahmens entwickelte die SED-Führung eine Bündnispolitik, die häufig über die traditionellen, durch staatliche Akteure ausgeübten Formen der Diplomatie hinausging und nationale Befreiungsbewegungen als Bündnispartner einschloss – vorzugsweise solche mit antiimperialistischem Selbstverständnis.<sup>14</sup> Die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu Staaten der so genannten Dritten Welt erwies sich jedoch für die DDR weiterhin als schwierig und blieb häufig auf entwicklungspolitische Zusammenarbeit

<sup>12</sup> Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik, 9.4.1968, Art. 6, Abs. 2, 3. In der Verfassung von 1974 kam u.a. der Begriff der „friedlichen Koexistenz“ hinzu. Zur Verbindung zwischen antifaschistischem Gründungsmythos und Solidarität: Poutrus, Die DDR als „Hort der internationalen Solidarität“ (Anm. 11), S. 134.

<sup>13</sup> Kilian Werner, *Die Hallstein-Doktrin. Der diplomatische Krieg zwischen der BRD und der DDR 1955–1973. Aus den Akten der beiden deutschen Außenministerien*, Berlin 2001, S. 345ff.

<sup>14</sup> Hermann Wentker, *Außenpolitik in engen Grenzen. Die DDR im internationalen System, 1949–1989*, München 2007, S. 298. Zur DDR-Anerkennungsoffensive in Afrika: Ulrich van der Heyden, *Kalter Krieg in Ostafrika. Die Beziehungen der DDR zu Sansibar und Tansania*, Münster 2009, S. 183–210; Mark Philip Bradley, Decolonization, the Global South, and the Cold War, 1919–1962, in: Melvyn P. Leffler/Odd Arne Westad (Hg.), *The Cambridge History of the Cold War, Vol. 1: Origins*, Cambridge 2010, S. 464–486. Die Solidaritätspolitik der DDR war keinesfalls frei von rassistischen Vorurteilen und Eigeninteressen. Dazu: Youn-Sun Hong, ‚The Benefits of Health Must Spread Among All‘. International Solidarity, Health, and Race in the East German Encounter with the Third World, in: Pence/Betts, *Socialist Modern* (Anm. 10), S. 183–210.

beschränkt (in Form finanzieller Unterstützung, zwischenstaatlicher Abkommen und kultureller Austauschprogramme).<sup>15</sup>

Die Dekolonialisierung schuf aber nicht nur für die Anerkennungsbestrebungen der DDR ein neues Handlungsfeld. Sie bot auch afroamerikanischen Aktivist\*innen die Möglichkeit, den Kampf gegen Rassendiskriminierung innerhalb einer internationalen Arena zu Beginn der 1950er-Jahre neu auszurichten.<sup>16</sup> Solche Entwicklungen blieben auf Seiten der DDR-Führung wiederum nicht unbemerkt. Zu einem Zeitpunkt, als bilaterale Kontakte zwischen den USA und der DDR aufgrund des ideologischen Antagonismus noch undenkbar waren (diplomatische Beziehungen wurden erst im September 1974 aufgenommen), gewannen afroamerikanische Bürgerrechtsaktivisten aus Sicht des SED-Staats als mögliche Verbündete an Bedeutung.<sup>17</sup> Gleichzeitig wurde die amerikanische „Rassenfrage“ zunehmend Gegenstand sozialistischer Propaganda und diente zur Diskreditierung der westlich-kapitalistischen Demokratie. Auf Grundlage von Lenins Diktum, dass in jeder Gesellschaft zwei Kulturen existierten – eine reaktionäre und eine progressive, proletarische, sozialistische Kultur –, nahm man in der Parteiführung an, dass neben der „bourgeoisen“ amerikanischen Mehrheitsgesellschaft auch ein „anderes Amerika“ der unterdrückten Massen bestehe.<sup>18</sup> Hinzu kam die marxistisch-leninistische Vorstellung von Rassismus, wonach Rasse neben Klasse als sozialer Ausschließungsmechanismus dazu diene, die „Unterdrückten“ von einer Auflehnung gegen die „Unterdrücker“ abzuhalten. Kommunismus und Rassismus seien demzufolge diametral entgegengesetzt.<sup>19</sup>

Innerhalb dieser ideologischen Sicht wurden Afroamerikaner dem „anderen Amerika“ zugeordnet und kamen somit als politische Verbündete für die DDR in Frage. Unterstützt wurden vor allem jene afroamerikanischen Aktivist\*innen, die die marxistisch-leninistische Weltanschauung des SED-Regimes teilten.<sup>20</sup> Im Verlauf der 1950er- und 1960er-Jahre lud die Parteiführung immer wieder pro-

<sup>15</sup> Wentker, *Außenpolitik in engen Grenzen* (Anm. 14), S. 291 ff.

<sup>16</sup> Carol Anderson, *Eyes off the Prize. The United Nations and the African American Struggle for Human Rights, 1944–1955*, Cambridge 2003, S. 180 ff. Zur Wechselbeziehung zwischen dem Kalten Krieg und der afroamerikanischen Bürgerrechtsbewegung: Manfred Berg, Ein amerikanisches Dilemma. Die Rassenfrage und der Kalte Krieg, in: ders. u.a. (Hg.), *Macht und Moral. Beiträge zur Ideologie und Praxis amerikanischer Außenpolitik im 20. Jahrhundert*, Münster 1999, S. 189–207.

<sup>17</sup> Maria Höhn/Martin Klimke, *A Breath of Freedom. The Civil Rights Struggle, African American GIs, and Germany*, New York 2010, S. 123–141; Astrid Haas, A Raisin in the East. African American Civil Rights Drama in GDR Scholarship and Theater Practice, in: Larry A. Greene/Anke Ortlepp (Hg.), *Germans and African Americans. Two Centuries of Exchange*, Jackson 2010, S. 166–184.

<sup>18</sup> Vgl. Rainer Schnoor, Das gute und das schlechte Amerika: Wahrnehmungen der USA in der DDR, in: Detlef Junker (Hg.), *Die USA und Deutschland im Zeitalter des Kalten Kriegs 1945–1990, Bd. 1: 1945–1968*, Stuttgart 2001, S. 932–943, hier S. 936.

<sup>19</sup> Vgl. Alfred Babing, Einführung, in: DDR-Komitee für die Kampfdekade gegen Rassismus und Rassendiskriminierung (Hg.), *Gegen Rassismus, Apartheid und Kolonialismus. Dokumente der DDR 1949–1977*, Berlin (Ost) 1978, S. 43–63, hier S. 46.

minente afroamerikanische Aktivisten und Intellektuelle in die DDR ein. Zu den bekanntesten Personen zählen W.E.B. Du Bois, Soziologe und Gründungsmitglied der National Association for the Advancement of Colored People (NAACP), sowie der Sänger und Schauspieler Paul Robeson.<sup>21</sup> Sie waren auch Teil einer transnationalen Verbindung zwischen linken Aktivisten des afroamerikanischen Bürgerrechtskampfes und der DDR. Diese Aktivisten formten ein soziales und ideologisches Netzwerk, das sowohl über den Atlantik als auch über den Eisernen Vorhang hinweg reichte und Kontakte in die DDR pflegte.<sup>22</sup> Zu diesem Netzwerk gehörten beispielsweise führende afroamerikanische KPUSA-Mitglieder – wie der Vorsitzende Henry Winston, der für die Außenbeziehungen der Partei zuständige James E. Jackson und seine Frau Esther Cooper Jackson (Verlegerin des Magazins „Freedomways“) sowie William L. und Louise Thompson Patterson. Viele von ihnen hatten sich, frustriert durch die Rassendiskriminierung, auf die Suche nach einer besseren Gesellschaft begeben und waren bereits in den 1920er- und 1930er-Jahren in die Sowjetunion gereist, die eben dies zu versprechen schien.<sup>23</sup> Der SED-Staat konnte bei seinen Solidaritätsbemühungen an derartige weiter zurückreichende Vernetzungen zwischen der afroamerikanischen Linken und der Sowjetunion anknüpfen. Eine Fortsetzung solcher Beziehungen wurde allerdings durch das Aufkommen der separatistisch-nationalistisch geprägten Black-Power-Bewegung ab dem Ende der 1960er-Jahre gefährdet.

Im Gegensatz zur KPUSA, die annahm, dass Rassismus in den USA als Teil des Klassenkampfes besiegt werden könne, spielte Ethnizität im revolutionären Selbstverständnis dieser jungen Aktivisten eine weitaus wichtigere Rolle. Gruppen wie die Black Panthers vertraten einen schwarzen Nationalismus, wobei sie den US-amerikanischen Rassismus als unüberwindbar sahen.<sup>24</sup> In dieser Perspektive verwandelte sich der Kampf für Gleichberechtigung in eine

<sup>20</sup> Zu dieser Unterstützung zählten auch deutsche Übersetzungen englischer Texte und Publikationen, z.B.: Kongress für bürgerliche Rechte, *Rassenmord! Wir klagen an! Petition an die Vereinigten Nationen zum Schutz der Negerbevölkerung in den Vereinigten Staaten von Amerika*, Berlin (Ost) 1953; Klaus Bollinger, *Freedom Now – Freiheit sofort! Die Negerbevölkerung der USA im Kampf um Demokratie*, Berlin (Ost) 1968.

<sup>21</sup> Zu Du Bois' Besuch in der DDR: Hamilton Beck, *Censoring Your Ally: W.E.B. Du Bois in the German Democratic Republic*, in: David McBride/Leroy Hopkins/C. Aisha Blackshire-Belay (Hg.), *Crosscurrents. African-Americans, Africa, and Germany in the Modern World*, Columbia 1998, S. 197–232; Höhn/Klimke, *A Breath of Freedom* (Anm. 17), S. 125–128.

<sup>22</sup> Siehe z.B. den Briefwechsel zwischen William Patterson und dem Paul-Robeson-Komitee der DDR, in: William Lorenzo Patterson Papers, Box 208–23, Folder 12:5, Manuscript Division, Moorland-Spingarn Research Center, Howard University.

<sup>23</sup> Vgl. Kate A. Baldwin, *Beyond the Color Line and the Iron Curtain. Reading Encounters Between Black and Red, 1922–1963*, Durham 2002; Dayo Gore, *Radicalism at the Crossroads. African American Women Activists in the Cold War*, New York 2011.

<sup>24</sup> Nikhil Pal Singh, *Black Is a Country. Race and the Unfinished Struggle for Democracy*, Cambridge 2004, S. 193ff.

schwarze Befreiungsbewegung, die Teil des weltweiten Kampfes gegen Imperialismus und Kapitalismus sein sollte – doch ohne dass der KPUSA oder gar der Sowjetunion dabei eine internationale Führungsrolle zukommen sollte.<sup>25</sup> Gleichzeitig wurde „Black Power“ in den späten 1960er-Jahren zur Leitidee eines Großteils der städtischen schwarzen Jugend. Diese hatte bislang zur traditionellen Zielgruppe amerikanischer Kommunisten gezählt.<sup>26</sup> Vor dem Hintergrund ihrer ohnehin schmalen Mitgliederbasis erzeugte das Aufkommen der Black-Power-Bewegung zusammen mit der Neuen Linken einen verstärkten Konkurrenzdruck für die KPUSA.

Im Kontext dieser von politischer und ideologischer Neuformierung geprägten afroamerikanischen Civil-Rights- und Black-Power-Bewegung trat Angela Davis an die Öffentlichkeit. Seit ihrer Rückkehr von einem fast zweijährigen Philosophiestudium an der Goethe-Universität in Frankfurt am Main befand sie sich auf der Suche nach dem passenden Programm für ihre internationalistische Analyse der US-Rassenproblematik. Die Verknüpfung nationaler Problemlagen mit internationalen Handlungsebenen als Strategie im Kampf gegen Imperialismus und Kapitalismus lag für Davis auf der Hand.<sup>27</sup> Sowohl programmatisch als auch organisatorisch sah sie in der KPUSA den richtigen Rahmen für ihre Ziele. 1968 wurde sie Mitglied des kommunistischen Chelumbba-Clubs, der ausschließlich aus schwarzen Mitgliedern bestand, organisatorisch aber der KPUSA angehörte. Mit ihrer Verhaftung im Oktober 1970 gewann Davis eine zentrale Bedeutung für die KPUSA. Die amerikanische alte Linke sah in ihrer Unterstützung für Davis die Chance, sich als Akteur im Kampf gegen rassistische Diskriminierung profilieren und dadurch neue Mitglieder für die Partei rekrutieren zu können.<sup>28</sup>

Der DDR bot Davis' Fall hingegen die Möglichkeit, ihre internationalen Anerkennungsbemühungen zu bekräftigen und mit ihren Solidaritätsaktionen die nachrückende Generation (afro)amerikanischer Linker zu erreichen. Die durch Davis' Verhaftung ausgelöste weltweite Solidaritätsbewegung konvergierte mit verstärkten Anstrengungen der SED-Führungsriege, sich innerhalb internationaler Diskurse über Rassismus und Menschenrechte zu profilieren.<sup>29</sup>

<sup>25</sup> Michael L. Clemons/Charles E. Jones, Global Solidarity. The Black Panther Party in the International Arena, in: Kathleen Cleaver/George Katsiaficas (Hg.), *Liberation, Imagination, and the Black Panther Party*, New York 2001, S. 20-39, hier S. 28ff.

<sup>26</sup> Manning Marable, *Race, Reform and Rebellion. The Second Reconstruction in Black America, 1945–1990*, Jackson 1991, S. 96.

<sup>27</sup> Zu Davis' politischer und intellektueller Entwicklung siehe Joy James (Hg.), *The Angela Y. Davis Reader*, Malden 2008; Cynthia A. Young, *Soul Power. Culture, Radicalism, and the Making of a U.S. Third World Left*, Durham 2006, S. 184-208.

<sup>28</sup> Henry Winston, Regarding Certain Questions on Angela Davis (Memo), in: Patterson Papers (Anm. 22), Box 208-18, Folder 31.

## 2. Solidaritätspolitik im Inneren

Die Parteiführung der DDR sah „Solidarität“ als „Triebkraft der gesamten Gesellschaft“, die zur „politisch-moralischen Einheit“ des Volkes beitragen solle.<sup>30</sup> Dabei stellte die NS-Vergangenheit als Negativfolie einen erweiterten Bezugsrahmen dar.<sup>31</sup> Die Solidaritätsappelle des SED-Regimes sollten der Welt, aber auch der eigenen Bevölkerung demonstrieren, dass sich die DDR – in Abgrenzung zur Bundesrepublik – als das „bessere Deutschland“ ohne Kontinuitäten zum Nationalsozialismus und damit als Teil der Weltgemeinschaft ohne nationalistische Interessen verstand.

Bei der Durchsetzung von Solidarität als legitimierender Kraft im Inneren spielte neben dem schon in den Anfängen der DDR etablierten Friedensrat das 1960 gegründete „Afro-Asiatische Solidaritätskomitee der DDR“ (ab 1973 „Solidaritätskomitee der DDR“) eine zentrale Rolle. Es führte Solidaritätstage, -wochen oder -monate länderspezifisch und mit aktuellem Bezug durch. Wie es im Parteijargon hieß, sollte dies „der Aussprache über den antiimperialistischen Kampf“ mit den Bürgern dienen. Die organisierten Solidaritätsbekundungen der Bevölkerung fanden dabei vor allem durch das monatliche Sammeln von Spenden statt, die „in Treue zum proletarischen Internationalismus und zu den Prinzipien der anti-imperialistischen Völkerfreundschaft“ offiziell von „80 Prozent aller Gewerkschaftsmitglieder“ gezahlt wurden.<sup>32</sup>

Die Mobilisierung von Solidarität war primär vom Parteiapparat und den Massenorganisationen gesteuert. Damit stellt sich allerdings die Frage, inwiefern die angestrebte Identifikation so überhaupt möglich war. Zwar ist dies kaum verlässlich zu beantworten, doch zeigt die Unterstützung für Angela Davis, dass das Ausmaß der Solidaritätsaktionen auch von der Anschlussfähigkeit der jeweiligen Person, ihrer Ausstrahlung und ihrer Themen abhing. Während das „Neue Deutschland“ zur kollektiven Unterstützung für Davis aufrief, stand Ende 1970 wegen des anhaltenden Vietnamkriegs eigentlich Nordvietnam im Zentrum der vom Parteiapparat koordinierten Solidaritätspolitik. Aus diesem

<sup>29</sup> Zur Menschenrechtsrhetorik der SED siehe Ned Richardson-Little, „Erkämpft das Menschenrecht“. Sozialismus und Menschenrechte in der DDR, in: Jan Eckel/Samuel Moyn (Hg.), *Moral für die Welt? Menschenrechtspolitik in den 1970er Jahren*, Freiburg 2012, S. 120-143, hier S. 131.

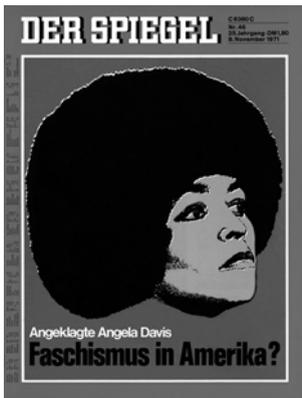
<sup>30</sup> Art. „Solidarität“, in: Institut für Internationale Beziehungen (Hg.), *Wörterbuch der Außenpolitik und des Völkerrechts*, Berlin (Ost) 1980, S. 528.

<sup>31</sup> Herfried Münkler, Der Antifaschismus als Gründungsmythos der DDR, in: Reinhard Brandt/Steffen Schmidt (Hg.), *Mythos und Mythologie*, Berlin 2004, S. 221-236, hier S. 225; Katrin Hammerstein, Schuldige Opfer? Der Nationalsozialismus in den Gründungsmythen der DDR, Österreichs und der Bundesrepublik Deutschland, in: Regina Fritz/Carola Sachse/Edgar Wolfrum (Hg.), *Nationen und ihre Selbstbilder. Postdiktatorische Gesellschaften in Europa*, Göttingen 2008, S. 39-61.

<sup>32</sup> Afro-Asiatisches Solidaritätskomitee der DDR, Bericht über die Solidaritätsbewegung in der Deutschen Demokratischen Republik zur Unterstützung des kämpfenden vietnamesischen Volkes, in: Göktürk/Gramling/Kaes, *Transit Deutschland* (Anm. 11), S. 101.

Anlass informierte Anfang Dezember ein Schreiben der Bezirksausschüsse Cottbus, Schwerin, Halle, Suhl und Potsdam den Nationalrat der Nationalen Front (Zusammenschluss der Parteien und Massenorganisationen) über Entwicklungen in den verschiedenen Bezirken und den Verlauf des für Dezember angesetzten Solidaritätsmonats. Neben den Aktionen für Nordvietnam sei bei großen Teilen der DDR-Bevölkerung eine ansteigende „Solidaritäts- und Protestwelle“ für Angela Davis zu beobachten.<sup>33</sup> Davis schien ein Spektrum an Identifikationsangeboten zu repräsentieren, das sie für die Solidaritätsaktionen besonders attraktiv machte.

Dem Bericht zufolge waren für die Parteiführung drei Aspekte besonders interessant: Erstens bewirke die geäußerte Sympathie für Angela Davis eine hohe Zahl an Protestversammlungen. Zweitens eigne sich der Fall Davis für die „Klärung des Freund-Feind-Bildes“.<sup>34</sup> Drittens gebe es eine „große Resonanz aus den Schulen“. In den Solidaritätsaktionen für Davis kamen somit zwei für die SED-Spitze zu Beginn der 1970er-Jahre wesentliche Faktoren zusammen: zum einen internationalistische Solidarität, die für Honecker ein wichtiges Element bei der „Herausbildung der sozialistischen Persönlichkeit“ darstellte; zum anderen ein gesteigertes Interesse bei der Jugend, der eine zentrale Rolle für die Mitgestaltung der „entwickelten sozialistischen Gesellschaft“ zugeschrieben wurde.<sup>35</sup>



„Spiegel“-Titel vom 8.11.1971

Zur gleichen Zeit beschäftigten sich große Teile der bundesrepublikanischen Jugend in Folge der kulturrevolutionären Proteste um das Jahr 1968 und beeinflusst von den Ideen der Neuen Linken ebenfalls mit der Frage nach einer Transformation der Gesellschaft. Im Fokus stand dabei jedoch eine umfassende Gesellschaftskritik, die mittel- und längerfristig zu einer „Fundamentalliberalisierung“ der Bundesrepublik führen sollte (Jürgen Habermas). Der Fall Angela Davis erlangte auch in Westdeutschland große Aufmerksamkeit. Kurz nach Davis' Verhaftung formierte sich unter der Führung der Frankfurter Fraktion des Sozialistischen Deutschen Studentenbunds ein Angela-Davis-Solidaritätskomitee. Dessen Ziel war zunächst die „Schaf-

<sup>33</sup> Anlage. Solidaritätsbewegung mit Angela Davis und dem vietnamesischen Volk, 9.12.1970, Bundesarchiv, SAPMO, DY-6-4547.

<sup>34</sup> Ebd.

<sup>35</sup> Erich Honecker, Grußadresse des Zentralkomitees der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands an das IX. Parlament der FDJ (25. Mai 1971), in: ders., *Zur Jugendpolitik der SED. Reden und Aufsätze von 1945 bis zur Gegenwart*, Berlin (Ost) 1977, S. 300.

fung politischer Öffentlichkeit“ für Davis und für den anhaltenden Rassismus in den USA.<sup>36</sup> Bald sah man die Forderung nach einem gerechten Verfahren für Davis jedoch auch als einen Bestandteil des Kampfes für mehr Demokratie im eigenen Land.<sup>37</sup> Dies war Teil einer regelrechten Begeisterung für Black-Power-Aktivisten. Aus Sicht bundesdeutscher Linker entsprachen Leitfiguren des afroamerikanischen Befreiungskampfes wie Malcolm X oder Angela Davis dem Idealtypus schwarzer Revolutionäre, die in ihrer radikalen Haltung oftmals konsequenter seien als Deutsche.<sup>38</sup> Als Identifikationsfigur im Kampf gegen den amerikanischen „Imperialismus“ fand Davis somit bei der Jugend in beiden deutschen Staaten großes Interesse – allerdings unter sehr verschiedenen Systembedingungen.

Dem SED-Staat schien die überdurchschnittliche Resonanz die Möglichkeit zu bieten, gerade bei der jungen Bevölkerung eine ausgeprägtere Identifikation mit der politischen Agenda und dem damit verbundenen Herrschaftsanspruch erzeugen zu können. Wegen ihrer internationalen Anerkennungs Bemühungen strebte die DDR zudem ein verstärktes Engagement im Rahmen der Vereinten Nationen an, wobei Themenfelder wie Menschenrechte und Rassismus von besonderem Interesse waren. Das Jahr 1971 riefen die Vereinten Nationen als „Jahr zur Bekämpfung von Rassismus“ aus, gefolgt von einer „Dekade zur Bekämpfung von Rassismus und Rassendiskriminierung“ (1973–1982). Die Unterstützung für Davis gab der DDR im Kontext der UN-Kampagne eine willkommene Gelegenheit, sich der Weltöffentlichkeit als ein zuverlässiger Bündnispartner im Kampf gegen Rassendiskriminierung und Unterdrückung zu präsentieren.<sup>39</sup> Unter diesen Vorzeichen initiierte die SED-Führung eine umfassende Solidaritätskampagne, die im Januar 1971 beginnen sollte und bis zu Davis’ Freispruch im Juni 1972 anhielt.<sup>40</sup> Neben dem DDR-Friedensrat nahm die Freie Deutsche Jugend (FDJ) dabei eine zentrale Rolle ein, zusammen mit ihrem publizistischen Sprachrohr, der „Jungen Welt“.<sup>41</sup>

<sup>36</sup> Oskar Negt, Rede, in: Angela-Davis-Solidaritätskomitee (Hg.), *Am Beispiel Angela Davis. Der Kongress in Frankfurt*, Frankfurt a.M. 1972, S. 27.

<sup>37</sup> Klimke, *The Other Alliance* (Anm. 6), S. 136f.

<sup>38</sup> Vgl. Detlef Siegfried, *Time is on my Side. Konsum und Politik in der westdeutschen Jugendkultur der 1960er Jahre*, Göttingen 2006, S. 385; Moritz Ege, *Schwarz werden. „Afroamerikanophilie“ in den 1960er und 1970er Jahren*, Bielefeld 2007.

<sup>39</sup> Vgl. Babing, Einführung (Anm. 19).

<sup>40</sup> Briefe für Angela, in: *Neues Deutschland*, 30.11.1970. Angela Davis Defense Committee, Communist Party of the United States of America Records TAM 132-22, Tamiment Library. Die DDR-Solidaritätspost an Davis befindet sich in der Tamiment Library (NYU), im Schomburg Center for Research in Black Culture sowie zu großen Teilen in der Manuscripts Division der Stanford University.

<sup>41</sup> Angela droht Auslieferung in den Gastod, in: *Junge Welt*, 5./6.12.1970; Stimme der Solidarität ist unüberhörbar, in: *Junge Welt*, 7.12.1970.

### 3. „Eine Million Rosen für Angela Davis“: Die Solidaritätskampagne, 1971/72

Den Auftakt der Kampagne bildete eine durch den Zentralrat der FDJ, den Vorstand des Demokratischen Frauenbundes Deutschlands und den Friedensrat veranstaltete Solidaritätskundgebung zu Davis' 27. Geburtstag am 26. Januar 1971. Unter dem Motto „Freiheit für Angela Davis“ kamen auf Einladung der Nationalen Front rund 2.000 DDR-Bürger in der Kongresshalle am Berliner Alexanderplatz zusammen, darunter Vertreter der Parteispitze, die Vorsitzenden der beteiligten Massenorganisationen, geladene Künstler und FDJ-Gruppen. Auch Wallace Morgan war dabei, ein Mitglied des amerikanischen „Free Angela Davis“-Komitees. Für Erich Correns, den Präsidenten der Nationalen Front, war Davis' Name „zu einer Fahne geworden, die voranweht und anfeuert. Und viele Mädchen und Jungen in unserem Lande nehmen sich vor, in der Schlacht so tapfer und standhaft zu sein wie Angela. Wir grüßen Sie als eine große Persönlichkeit des anderen, des guten Amerika, als unsere Schwester, als unsere Genossin.“<sup>42</sup> Die Bevölkerung wurde im Namen von „Menschlichkeit, des Rechts und der Freiheit“ aufgerufen, mit Solidaritätsbekundungen gegen die Verurteilung von Davis anzukämpfen. Der Grund für die Verhaftung war aus Sicht des SED-Regimes offenkundig: „Weil ihre Haut schwarz und ihr Herz rot ist“, so formulierte es Correns in seiner Solidaritätsbotschaft, „soll sie den Henkern ausgeliefert werden.“<sup>43</sup> Dieser Perspektive zufolge erlitten amerikanische Kommunisten und Afroamerikaner das gleiche Schicksal der Repression.

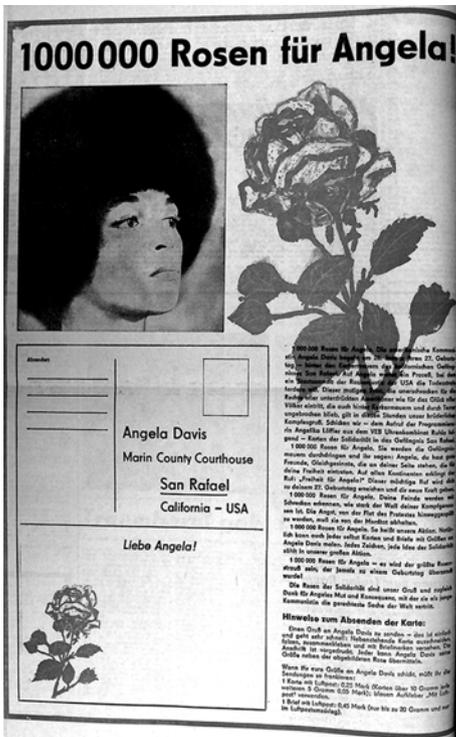
Unter dem Motto „Eine Million Rosen für Angela Davis“ organisierte die FDJ vom 16. bis 26. Januar 1971 eine breit angelegte Kampagne. Dies basierte auf der Idee einer FDJ-Delegiertentagung des Uhrenwerks Ruhla (Bezirk Suhl), zu Davis' Geburtstag eine Postkarten-Aktion zu initiieren.<sup>44</sup> Vorbereitete Postkarten, die mit roten Rosen verziert waren, sollten Davis in ihre Gefängniszelle geschickt werden. Die „Junge Welt“ forcierte die Kampagne, indem sie Vorlagen dieser Postkarten ganzseitig abdruckte. Ergänzt wurden die Postkartenvorlagen mit Artikeln, die Informationen über Davis enthielten sowie die Aufforderung, die Kampagne zu unterstützen. „1 Million Rosen für Angela“ sollten „die Gefängnismauern durchdringen“ und Davis zeigen, dass „gute Freunde, Gleichgesinnte“ an ihrer Seite stehen, die für ihre „Freiheit eintreten“.<sup>45</sup>

<sup>42</sup> Solidaritätsbotschaft an Angela Davis. Endgültige Fassung, 26.1.1971, Bundesarchiv, SAPMO, DY-6- vorl. 3017.

<sup>43</sup> Ebd.

<sup>44</sup> 1000000 Rosen für Angela Davis, in: *Junge Welt*, 16./17.1.1971.

<sup>45</sup> 1000000 Rosen für Angela Davis, in: *Junge Welt*, 19.1.1971.



Vorbereitete Postkarte  
(„Junge Welt“, 19.1.1971)

strahlte das DDR-Fernsehen regelmäßig Berichte über Solidaritätsaktionen und die Ereignisse um Davis' Prozess aus.<sup>47</sup> Kunst- und Liedwettbewerbe sollten Bürger animieren, ihrer Solidarität etwa in selbst komponierten Liedern einen persönlichen Ausdruck zu verleihen.<sup>48</sup>

Die von der Parteiführung kontrollierten Massenmedien spielten für die Mobilisierung und Inszenierung von Solidarität eine zentrale Rolle. Neben dem „Neuen Deutschland“ waren die „Junge Welt“ und das wöchentliche Frauenmagazin „Für Dich“ im Rahmen der Kampagne besonders wichtig. Davis' Jugend und Weiblichkeit im Zusammenhang mit ihrem Bekenntnis zum Kommunismus fanden dort große Aufmerksamkeit, ebenso wie in dem mehrteiligen Bericht „Schwarze Rose aus Alabama“.<sup>46</sup> Diese Darstellungen zeichneten Davis als Vertreterin eines selbstbewussten, kämpferisch-geradlinigen Frauentyps und suggerierten damit gleichzeitig ein modernes, emanzipiertes Frauenbild in der DDR. Davis eignete sich weitaus besser, um Solidarität spezifisch und persönlich zu begründen und zu verankern, als die meist anonym anmutende Staatsolidarität. Zusätzlich zu den Presseberichten

<sup>46</sup> Unter dem gleichen Titel wurde eine Dokumentation veröffentlicht, die im Wesentlichen auf Presseberichten basierte: Werner Lehmann, *Schwarze Rose aus Alabama*, Berlin (Ost) 1972. Siehe außerdem Walter Kaufmann, *Unterwegs zu Angela. Amerikanische Impressionen*, Berlin (Ost) 1973, aktualisierte und überarbeitete Neuaufl.: *Unterwegs zu Angela Davis*, Bremen 2005.

<sup>47</sup> Siehe „Der Augenzeuge“ 1971/07, 1971/44, 1972/01, 1972/39.

<sup>48</sup> Gerhard Thiele, *Schwarze Rose du sollst frei sein*, in: Allgemeine Korrespondenzen, Archiv der Akademie der Künste, VKM-276; Friedensrat der DDR (Hg.), *Angela Davis. Lieder, Texte, Noten*, Berlin (Ost) 1973. Der Nationalpreisträger Maximilian Scheer schrieb ein Hörspiel, zu dem in Ost und West auch ein Buch erschien: *Der Weg nach San Rafael. Ein Hörspiel für Angela Davis*, Berlin (Ost)/Frankfurt a.M. 1971.



Ein Mitglied des Plastikzirkels der Filmfabrik Wolfen bei der Arbeit an einer Plastik von Davis, Januar 1972  
(Bundesarchiv, Bild 183-L0204-403, Allgemeiner Deutscher Nachrichtendienst – Zentralbild, Foto: Helmut Schaar)

Format und Botschaft der Solidarität wurden häufig durch konkrete Anlässe bestimmt. Neben Davis' Geburtstag gab der Weltfrauentag am 8. März zwei Jahre in Folge (1971 und 1972) dem Regime die Möglichkeit, gerade Mädchen und Frauen zu mobilisieren. So riefen der DFD-Bundesvorstand und die „Für Dich“-Redaktion anlässlich des „Kampf- und Ehrentags aller Frauen“ zu einer gemeinsamen Protestaktion auf. In tausenden Resolutionen verliehen Frauen und Kinder „mit Mühe und Liebe [...] der Forderung nach Freiheit für Angela Davis großen Nachdruck“.<sup>49</sup> Auch die traditionell am 1. Mai stattfindenden „Demonstrationen der Werktätigen“ dienten der Inszenierung von Solidarität mit Davis. Während FDJ-Gruppen Fahnen mit Solidaritätsunterschriften trugen, die sie später an Davis schickten, wurde gleichzeitig an Davis' ersten Besuch in der DDR anlässlich einer Maidemonstration im Jahr 1965 erinnert.<sup>50</sup> Solidarität mit der Bürgerrechtlerin wurde hier als ein Akt der Stärkung „aller Kräfte des Fortschritts und des Friedens“ definiert, um die gemeinsamen „Feinde“ zurückzudrängen.<sup>51</sup>

<sup>49</sup> In diesen Tagen erst recht, in: *Für Dich*, 10.3.1971.

<sup>50</sup> Brief an Klaus Steiniger, 18.4.1972, Bundesarchiv, SAPMO, DZ-9-2710.

Auf Einladung des DDR-Friedensrats besuchte im September 1971 Ralph D. Abernathy für zwei Tage die DDR. Nach der Ermordung von Martin Luther King, jr. hatte er die Führung der Southern Christian Leadership Conference (SCLC) übernommen, einer der größten afroamerikanischen Bürgerrechtsorganisationen.<sup>52</sup> Die SED-Parteispitze nutzte Abernathys Aufenthalt, um der Welt „die freundschaftliche Verbundenheit und brüderliche Solidarität der Bürger der DDR mit den Kämpfern für Frieden und Gerechtigkeit, gegen Rassismus, Armut und Ausbeutung in den USA“ zu demonstrieren.<sup>53</sup> Die Solidaritätsdemonstration von Studenten der Berliner Humboldt-Universität gemeinsam mit Abernathy glich einer Selbstvergewisserung der SED, die den „friedliebenden Charakter“ der DDR als Teil einer internationalen antiimperialistischen Bewegung bezeugen sollte.<sup>54</sup> Albert Norden, Leiter der Abteilung Agitation des Politbüros, betonte gegenüber Abernathy, dass in der DDR „kein Platz für Rassismus“ sei. Laut Norden sahen die Bürger der DDR in „Nixon und dem Pentagon die Erben Hitlers“.<sup>55</sup> Äußerungen wie diese zeigen, dass das Regime Solidarität mit Davis immer auch zur Bekräftigung des eigenen Selbstbilds nutzte – in Abgrenzung von der US-Regierung und von der NS-Vergangenheit gleichermaßen.

Die Strategie blieb nicht ohne Erfolg. Bei seiner Predigt in der Ost-Berliner Marienkirche stellte Abernathy fest: „Ich werde zurückkehren in meine Heimat mit der Gewißheit, in der DDR viele Freunde zu haben, die uns helfen, Angela Davis zu befreien und unseren Kampf für die Gerechtigkeit verstärkt weiterzuführen.“<sup>56</sup> Beeindruckt von dem Empfang, den die Parteiführung ihm bereitet hatte, versprach Abernathy zum Abschied: „Von nun an werde auch ich ein Teil der internationalen Bewegung für die Anerkennung der DDR sein.“<sup>57</sup>

Einen Monat später besuchte Angela Davis' Schwester Fania Jordan-Davis auf Einladung des Zentralrats der FDJ die DDR. In mehreren Städten, darunter Ost-Berlin und Magdeburg, wirkte sie an Solidaritätsveranstaltungen mit. Dies war Teil einer Werbereise, in deren Verlauf Jordan-Davis auch in der Bun-

<sup>51</sup> Brief an Angela Davis von G. Drefahl, 18.4.1972, ebd.

<sup>52</sup> Friedensrat der DDR, Sekretariat, Information für die Genossen des Politbüros über den Aufenthalt Dr. Ralph Abernathys, Bundesarchiv, SAPMO, DZ-9-929.

<sup>53</sup> Friedensmedaille für Rev. Dr. Ralph D. Abernathy, in: *Informationen der Friedensbewegung der Deutschen Demokratischen Republik*, 11.12.1971, S. 3.

<sup>54</sup> Vorschlag für eine Konzeption zu einem Kurzfilm über den Besuch von Dr. Ralph Abernathy in der DDR, Bundesarchiv, SAPMO, DZ-9-2710. Über den Aufenthalt Abernathys wurde auf Deutsch und Englisch eine Kurzdokumentation mit dem Titel „We Shall Overcome“ angefertigt. Der Film sollte, wie es in der Konzeption des Friedensrats hieß, der Selbst- und Außendarstellung der DDR als „friedliebendem Staat“ dienen.

<sup>55</sup> Friedensmedaille für Ralph Abernathy, in: *Neues Deutschland*, 29.9.1971.

<sup>56</sup> Friedensrat der DDR (Hg.), „Jede Wolke hat einen silbernen Rand...“ *Pastor Ralph D. Abernathy, Präsident der Southern Christian Leadership Conference, zu Gast in der Deutschen Demokratischen Republik*, 27.–29. September 1971, Dresden 1971.

<sup>57</sup> Herzlicher Abschied für Abernathy, in: *Neues Deutschland*, 30.9.1971.

desrepublik haltmachte. Der Höhepunkt ihres DDR-Besuchs (20. bis 23. Oktober 1971) war ein Treffen mit Ost-Berliner Jugendlichen; dieses stand unter dem Motto „Die Jugend der Welt klagt den Imperialismus an – Freiheit für Angela Davis“. Als Mitinitiatorin der weltweiten Kampagne verkörperte Jordan-Davis internationales Flair und Aufbruchstimmung.<sup>58</sup>

Im September 1971 ordnete die SED-Führung mit einer breit angelegten Brief- und Postkartenaktion unter der Führung der Abteilung Agitation eine erneute Ausweitung der Kampagne an. Diese Aktion, die über die Massenorganisationen wie den FDGB, den Deutschen Demokratischen Frauenbund, die FDJ und den Friedensrat systematisch vorangetrieben wurde, sollte dabei helfen, die Solidaritätsbekundungen zu institutionalisieren.<sup>59</sup> Zudem bot die in Petitionen und Resolutionen formulierte Unterstützung den Rahmen für eine normativ aufgeladene Fremd- und Selbstzuordnung. Im Verlauf dieser Aktion wurde der fast immer identische Text einem Mantra gleich in hunderten von Betriebs-, Frauen- und Jugendgruppen für Petitionen und Resolutionen verwendet. Fortschrittlichkeit, Friedfertigkeit und Antirassismus waren die zentralen Attribute, mit denen die Parteiführung ihre sozialistische Herrschaft in Verbindung setzte, während sie Rassismus, Unterdrückung und Rückwärtsgerichtetheit mit dem Westen assoziierte, allen voran den USA. Solidarität mit der „Patriotin Angela Davis“, wie es nun hieß, bedeutete die Solidarisierung mit allen „friedliebenden Menschen“ sowie die Verurteilung von „Rassenhaß“ und der „Verfolgung fortschrittlicher Menschen“.<sup>60</sup>

Einen weiteren wichtigen Schritt der Solidaritätsbewegung in der DDR markierte die durch den Friedensrat konzipierte Wanderausstellung „Freiheit für Angela“. Diese Ausstellung wurde am 18. November 1971 in Ost-Berlin eröffnet.<sup>61</sup> Bis zu Davis' Freispruch im Juni 1972 wurde die Ausstellung in Ost-Berliner Großbetrieben und Klubhäusern sowie in sieben Bezirken der DDR gezeigt. Neben der Verbreitung von Informationen über Davis und den Prozess sowie dem Sammeln von Unterschriften sollte auch sie einer öffentlichen Vermittlung des Selbstbilds der DDR dienen.

Als am 28. Februar 1972 im kalifornischen San José der Prozess gegen Davis begann, ordnete das Sekretariat des Zentralkomitees nochmals an, die Aktionen auszuweiten.<sup>62</sup> Obwohl weiterhin keine diplomatischen Beziehungen zu den

<sup>58</sup> Freiheit für Angela Davis, in: *Informationen der Friedensbewegung der Deutschen Demokratischen Republik*, 11.12.1971, S. 4; Von nun an gehöre ich dazu, in: *Wochenpost* Nr. 42/1971.

<sup>59</sup> Sekretariat des Nationalrats der Nationalen Front, Verstärkung der Solidaritätsbewegung, 6.10.1971, Bundesarchiv, SAPMO, DY-6-408.

<sup>60</sup> Kollektiv der Gewerkschaftsgruppe „Knauth“, Protestresolution, in: Protestresolution 1971, Bundesarchiv, SAPMO, DY-52-480.

<sup>61</sup> Friedensrat der DDR, Ablaufplan für die Eröffnung der Ausstellung, Bundesarchiv, SAPMO, DZ-9-2710.

<sup>62</sup> Sekretariat des ZK, Anlage Nr. 4 zum Protokoll Nr. 11 vom 1.2.1972, Bundesarchiv, SAPMO, DY 30-JIV-2-3-1834.

USA bestanden, gelang es der DDR-Führung, einen Sonderkorrespondenten, Klaus Steiniger, in die USA einreisen zu lassen, der über den Prozessverlauf berichten sollte.<sup>63</sup> In den Monaten bis zu Davis' Freispruch verging kaum ein Tag, an dem Steiniger keinen Beitrag im „Neuen Deutschland“ veröffentlichte. Geradezu überrascht berichtete das Magazin „Time“ im April 1972, dass in der DDR eine regelrechte „Angelamania“ ausgebrochen sei.<sup>64</sup> Und die „Washington Post“ stellte fest, dass Davis in der DDR zu einer Volksheldin geworden sei.<sup>65</sup> Beide Zeitungen beschrieben, wie das SED-Regime Solidarität mit Davis als Kampf des „progressiven Teils der Welt gegen Rassismus und Imperialismus“ darstelle. Aufmerksam wurde beobachtet, dass Antirassismus und Menschenrechte zu einem effektiven Propagandainstrument im Kalten-Kriegs-Arsenal der DDR geworden waren.

Am 5. Juni 1972 wurde Davis schließlich von allen Anklagepunkten freigesprochen. Honecker gratulierte in einem Schreiben persönlich mit „brüderlichen Grüßen“.<sup>66</sup> Steiniger bejubelte das Urteil im „Neuen Deutschland“ als Erfolg der weltweiten Proteste. Die Bevölkerung der DDR verstand er als Teil eines „weltweiten Heeres der Verteidiger“, die das Leben der „tapferen Tochter des anderen Amerika Monat für Monat mit ihrer Solidarität beschirmt“ hätten.<sup>67</sup> Solidarität mit Davis war in der Sicht der SED zum Kristallisationspunkt eines imaginären grenzen- und systemübergreifenden Bündnisses geworden.

#### **4. „Solidarität, Friede, Freundschaft“: Davis' DDR-Besuche 1972 und 1973**

Im September 1972 besuchte Angela Davis in Begleitung der afroamerikanischen KPUSA-Funktionäre Kendra und Franklin Alexander die DDR, zum Dank für die ihr entgegen gebrachte Unterstützung. Dies bot dem Regime die Möglichkeit, die Idee einer transnationalen Allianz zu bekräftigen und Solidarität als Erfolg des SED-Staats in der öffentlichen Erinnerung zu verankern. Am Flughafen Berlin-Schönefeld hieß die Parteispitze Davis mit einem Strauß roter Rosen symbolisch willkommen. Die durch Davis ausgelöste Begeisterung schien jedoch die Planung weit zu übertreffen. Statt der erwarteten 2.000 bis 3.000 jungen Menschen waren es knapp 50.000, die Davis mit den Rufen „Friede, Freundschaft, Solidarität“ „freudig in die Arme“ schlossen. Wie der Bericht der Staatssicherheit über Davis' Besuch zeigte, brachten der

<sup>63</sup> Vgl. Personalien, in: *Spiegel*, 13.3.1972, S. 186; Klaus Steiniger, *Freiheit für Angela Davis! Heldin des anderen Amerikas*, hg. vom Nationalrat der Nationalen Front, Berlin (Ost) 1972.

<sup>64</sup> East Germany: St. Angela, in: *Time*, 3.4.1972.

<sup>65</sup> West, East Europe Hail Davis Verdict, in: *Washington Post*, 6.6.1972.

<sup>66</sup> Erich Honecker, Telegramm, 5.6.1972, Bundesarchiv, SAPMO, DY 30/IV, B 2720, 227.

<sup>67</sup> Klaus Steiniger, Die Millionen haben Angela Davis befreit, in: *Neues Deutschland*, 6.6.1972.

Enthusiasmus und die bis dahin „noch nie da gewesene Konzentration von Menschen“ sogar die Kontrollmaßnahmen der Stasi an ihre Grenzen.<sup>68</sup>

Bei der Menschenmenge, die sich zu Davis' Begrüßung eingefunden hatte, handelte es sich zum Großteil um junge DDR-Bürger, deren Begeisterung für Davis über den Rahmen der „verordneten Solidarität“ hinauszugehen schien. Für Erika Berthold, die als Studentin um das Jahr 1968 der Kommune 1 Ost angehört hatte, stellte Angela Davis neben Robert Havemann und Wolf Biermann ein Leitbild dieser Zeit dar. Als „ein Symbol“, so erinnert sich Berthold, „eignete sich Angela Davis besonders gut, als Schwarze, als Frau und als Philosophin, die eingesperrt worden war“.<sup>69</sup> Davis wurde zu einer Projektionsfläche für das Bedürfnis nach einer „alternativen Linken“, zumindest für denjenigen Teil der ostdeutschen Jugend, der sich – parallel zum Zeitgeist der westlichen antiautoritären Neuen Linken – nach einer Auflockerung des linienkonformen Sozialismus der Parteifunktionäre sehnte.



Ost-Berlin, 11. September 1972:

Angela Davis wird von einem überwiegend jungen Publikum empfangen.  
(Bundesarchiv, Bild 183-L0911-025, Allgemeiner Deutscher Nachrichtendienst – Zentralbild, Foto: Peter Koard)

<sup>68</sup> Ministerium für Staatssicherheit, Abteilung PS/AIG, Abschlußbericht. Aktion „Die Kämpferin“, 4.10.1972, BStU, AR 3 (2.4./1972/21).

<sup>69</sup> „Wir wollten dem Eheknast entkommen“. Erika Berthold und die Kommune 1 Ost, in: Ute Kätzel (Hg.), *Die 68erinnen. Portrait einer rebellischen Frauengeneration*, Berlin 2002, S. 221-236, hier S. 232.

Raum für ungeplante Begegnungen zwischen Davis und der DDR-Jugend gab es nach ihrer Ankunft jedoch keinen mehr. Der einwöchige Besuch (10. bis 17. September 1972) war vom Zentralkomitee der SED detailgenau durchorganisiert worden. Auf dem Programm standen die Verleihung des Großen Sterns der Völkerfreundschaft in Gold durch Walter Ulbricht, die Auszeichnung mit der Ehrendoktorwürde an der Karl-Marx-Universität in Leipzig, die Ernennung zur Ehrenbürgerin der Stadt Magdeburg, Besuche verschiedener Denkmäler, die Besichtigung der deutsch-deutschen Grenze, Treffen mit Arbeiter- und Jugendgruppen sowie ein Empfang bei Honecker, der Davis als einen Ehrengast zu den Weltjugendfestspielen in Ost-Berlin im darauffolgenden Jahr einlud (Covermotiv dieses Hefts).<sup>70</sup> Alle offiziellen Programmpunkte wurden durch eine von der Abteilung Agitation zusammengestellte „Berichterstattergruppe“ dokumentiert.<sup>71</sup>

Zu den Höhepunkten zählte ein seitens der FDJ veranstaltetes „Freundschaftsmeeting“ der Ost-Berliner Jugend mit Davis. In ihrer Rede bedankte sich Davis für die ihr entgegengebrachte Unterstützung: „With the many, many letters written to me, and the letters of protest written to the government of the United States, the people of the GDR made a lasting impression on the government of my country.“<sup>72</sup> Ob dies tatsächlich zutraf, mag offen bleiben – entscheidender ist hier, dass die zitierte Sicht natürlich gut ins Konzept der SED passte. Abschließend zeigte sich Davis beeindruckt von der scheinbar gelungenen Überwindung der nationalsozialistischen Vergangenheit in der DDR: „From all our meetings with young people and students, we are convinced that here the younger generation has grown up free from racial prejudices and fascist ideas.“<sup>73</sup> Mit diesen Worten wurde Davis zu einer lebendigen Zeugin der vom Parteiliteproklamierten „Überlegenheit“ und der sozialistischen Zukunft.

In der Bundesrepublik stellte der vom Angela-Davis-Solidaritätskomitee organisierte Frankfurter Kongress mit dem Motto „Am Beispiel Angela Davis“ (3./4. Juni 1972) den Höhepunkt dar. Im Gegensatz zur DDR stand hier die kritische Auseinandersetzung mit den politischen Verhältnissen nicht nur in den USA, sondern auch im eigenen Land im Zentrum. Während Davis im Westen zu einer Ikone der antiautoritären Protestbewegungen wurde, avancierte sie in der offiziellen Darstellung der SED zu einem jugendlichen „kommunistischen Superstar“.<sup>74</sup> Als sozialistische Heldin ausgestattet mit einem

<sup>70</sup> Programm für den Aufenthalt der Genossin Angela Davis, 7.9.1972, Bundesarchiv, SAPMO, DY 30-9512.

<sup>71</sup> Abteilung Agitation, Plan für die Berichterstattung über den Besuch der Genossin Angela Davis, 7.9.1972, ebd.

<sup>72</sup> Friedensrat der DDR (Hg.), *Peace, Friendship, Solidarity. Angela Davis in the GDR*, Dresden 1973, S. 8.

<sup>73</sup> Ebd., S. 10.

fast populärkulturellen Starpotential, blieb Davis auch im Anschluss an die Solidaritätsbewegung für die orchestrierte SED-Propaganda bedeutsam.<sup>75</sup>

Im Juli 1973 kehrte Davis als Kopf der US-Delegation anlässlich der zehnten Weltjugendfestspiele nach Ost-Berlin zurück. Unter dem Motto „Für Anti-imperialistische Solidarität, Friede und Freundschaft“ brachte das Festival mehr als 25.000 ausländische Gäste zusammen – zum Großteil Jugend- und Studentengruppen. Der SED-Staat nutzte das Festival, das auch als „Rotes Woodstock“ bezeichnet wurde, um sich den in- und ausländischen Gästen wiederum als welt-offen, großzügig und tolerant darzustellen.<sup>76</sup> Während der Abschlussfeier auf dem Marx-Engels-Platz rief Davis in einem „Appell an die Jugend der Welt“ zum Kampf gegen „Kolonialismus und Neo-Kolonialismus“ sowie für eine „friedliche Koexistenz“ auf.<sup>77</sup> Ein Jahr nach dem Ende der Solidaritätskampagne wurde Davis von der SED-Führung als Ikone des Internationalismus präsentiert.

Davis' Auftritt als jugendliche Leitfigur der progressiven internationalen Kräfte diente jedoch nicht nur den Propagandazielen des SED-Staats. Befördert durch die weltweite Kampagne für ihre Freilassung vertrat Davis eine verstärkt sozialistisch-internationalistische Überzeugung im afroamerikanischen Kampf für Gleichheit und Freiheit. „The international campaign“, stellte Davis in ihrer 1974 erschienenen Autobiographie fest, „had not only exerted serious pressure on the government, it had also stimulated the further growth of the mass movement at home.“<sup>78</sup> Im sozialistischen Bündnissystem und speziell in der DDR sah Davis einen wichtigen Partner: „[...] the way in which the GDR virtually has eradicated the influences of fascism, antisemitism and racism can be very helpful in our struggle against racism in this country.“<sup>79</sup>

<sup>74</sup> Höhn/Klimke, *A Breath of Freedom* (Anm. 17), S. 137.

<sup>75</sup> Vgl. Silke Satjukow/Rainer Gries, Zur Konstruktion des „sozialistischen Helden“. Geschichte und Bedeutung, in: dies. (Hg.), *Sozialistische Helden. Eine Kulturgeschichte von Propagandafiguren in Osteuropa und der DDR*, Berlin 2002, S. 15-34, hier S. 15.

<sup>76</sup> Vgl. Denise Wesenberg, Die X. Weltfestspiele der Jugend und Studenten 1973 in Ost-Berlin im Kontext der Systemkonkurrenz, in: Michael Lemke (Hg.), *Konfrontation und Wettbewerb. Wissenschaft, Technik und Kultur im geteilten Berliner Alltag (1948–1973)*, Berlin 2008, S. 333-352; Andreas Ruhl, *Stalin-Kult und Rotes Woodstock. Die Weltjugendfestspiele 1951 und 1973 in Ostberlin*, Marburg 2009, bes. S. 55ff.; Kay Schiller, Communism, Youth and Sport. The 1973 World Youth Festival in East Berlin, in: Alan Tomlinson/Christopher Young/Richard Holt (Hg.), *Sport and the Transformation of Modern Europe. States, Media and Markets, 1950–2010*, London 2010, S. 50-66. Zum breiteren Kontext siehe außerdem Quinn Slobodian, What Does Democracy Look Like? (And Why Would Anyone Want to Buy It?) Third World Demands and West German Responses at 1960s World Youth Festivals, in: Annette Wovwinkel/Marcus M. Payk/Thomas Lindenberger (Hg.), *Cold War Cultures. Perspectives on Eastern and Western European Societies*, New York 2012, S. 254-275.

<sup>77</sup> *Neues Deutschland*, 6.8.1973. Teile der Rede sind in dem Film „Wer die Erde liebt“ zu sehen. Er wurde im Auftrag der DEFA als offizielle Festivaldokumentation von Joachim Hellwig gedreht. Siehe Bundeszentrale für politische Bildung (Hg.), Parallelwelt: Film. Ein Einblick in die DEFA. Geschichte und Inszenierung (DVD 2), Bonn 2006.

<sup>78</sup> Davis, *An Autobiography* (Anm. 3), S. 398.



Angela Davis bei den Weltjugendfestspielen, 31. Juli 1973. In der damaligen Bildlegende hieß es: „Tausende Jugendliche aller Nationen erklärten sich solidarisch mit dem mutigen Kampf der Revolutionäre in den Ländern Asiens, Afrikas und Lateinamerikas.“ (Bundesarchiv, Bild 183-M0731-418, Allgemeiner Deutscher Nachrichtendienst – Zentralbild, Foto: Klaus Franke)

Davis' Besuche als Repräsentantin der KPUSA anlässlich des Weltfrauenkongresses in Ost-Berlin (1975) und der Spartakiade (1981) sowie ihre Funktion als Gründungsmitglied des U.S. Friendship Committee for the GDR (1975) zeigen, dass sich Davis und das SED-Regime bis in die frühen 1980er-Jahre als Verbündete in einem transnationalen Handlungsrahmen wahrnahmen. Auch wenn dabei nicht von einer dauerhaften transnationalen Allianz die Rede sein kann, prägte sich diese Verbundenheit, die in der ersten Hälfte der 1970er-Jahre ihren Höhepunkt erreicht hatte, im ideologisch-politischen Selbstverständnis beider Seiten ein.

---

<sup>79</sup> National Committee Meeting Reports on Angela Davis Delegation to Cuba, Chile, USSR, GDR, 17.10.1972, TAM 132.1 93 CPUSA Audio [CPA 619], Tamiment Library.

## 5. Fazit

Im Verlauf der SED-Kampagne wurde Angela Davis neben anderen afroamerikanischen Persönlichkeiten wie W.E.B. Du Bois oder Paul Robeson als die neue „Heldin des anderen Amerikas“ präsentiert. Man setzte ihren Namen in eine Reihe mit anderen „großen Volksführern“ wie Marx, Lenin und Liebknecht; so wurde ein gemeinsamer Sinnzusammenhang geschaffen.<sup>80</sup> Aufgrund ihrer weltweiten Bekanntheit und ihres modischen Erscheinungsbilds, das die neue Lockerheit und den revolutionären Zeitgeist der protestierenden Jugend im Westen widerspiegelte, dürfte Davis für die DDR-Jugend eine weitaus reizvollere Identifikationsfigur dargestellt haben als die grauen SED-Parteifunktionäre.

Durch die Aufnahme von Davis in die erste Riege der sozialistischen Helden erhielt die DDR-Ikonographie jedoch nicht nur eine Verjüngungskur. Indem die Parteiführung die Solidarität mit Davis als „die vorderste Linie im antifaschistischen Kampf“ ausgab, schuf sie einen Bezug zur NS-Vergangenheit, die in der DDR erfolgreich bewältigt worden sei. Die Solidaritätskampagne wurde zum Aushängeschild des propagandistischen Antirassismus der DDR im Kontext der internationalen Menschenrechtsdebatte zu Beginn der 1970er-Jahre.

Die Darstellung von Angela Davis folgte somit den ideologischen Anforderungen des Regimes und seinen öffentlichen Inszenierungsmechanismen. Dass sich Davis in ihrem Internationalismus stark an den Befreiungsbewegungen der „Dritten Welt“ orientierte, neben ihrer Mitgliedschaft in der KPUSA auch mit einem breiten Spektrum an Graswurzelorganisationen vernetzt war und marxistische Ideen mit feministischen Ansätzen verknüpfte, wurde bei ihrer propagandistischen Rezeption in der DDR ausgeklammert.

Mit der Unterzeichnung des Grundlagenvertrags am 21. Dezember 1972 und der Aufnahme in die Vereinten Nationen am 18. September 1973 erreichte die DDR schließlich die Anerkennung als eigenständiger Staat in der Weltgemeinschaft. Während die Bundesrepublik die Fortexistenz einer gemeinsamen deutschen Nation betonte, akzentuierte die DDR ab 1974 verstärkt ihre eigenständige sozialistische Identität. Zur Herstellung einer solchen kollektiven Identität war auch das SED-Regime auf die Verinnerlichung von Werten, Traditionen und kulturhistorischen Leistungen der Gemeinschaft in Abgrenzung zum „Anderen“ des ideologischen Großkonflikts angewiesen.<sup>81</sup> Internationalistische Solidarität, das hatte die Kampagne für Davis aus Sicht der Führungsspitze gezeigt, konnte zu einem erfolgversprechenden Sozialisationsinstrument werden. Zumindest als Hypothese lässt sich formulieren, dass die hier geschilderte Soli-

<sup>80</sup> Werner Lamberz, Rede auf einer Solidaritätskundgebung für Angela Davis, in: Steiniger, *Freiheit für Angela Davis!* (Anm. 63), S. 3.

<sup>81</sup> Zur Formierung einer nationalen Identität in der DDR siehe etwa Andreas Staab, *National Identity in Eastern Germany. Inner Unification or Continued Separation?*, London 1998, S. 5.

daritätskampagne mit gesellschaftlichen Verinnerlichungsprozessen im DDR-Alltag verbunden war, die, wie Martin Sabrow es formuliert hat, als „komplementäre Rückseite“ von Herrschaft zu einem besseren Verständnis der SED-Diktatur beitragen.<sup>82</sup>

Die Solidaritätsaktionen für Angela Davis, praktiziert in verschiedenen Sphären des Alltags – etwa in Schulen, am Arbeitsplatz und in den Massenorganisationen – können als Mechanismen zur Integration der Gesellschaft gesehen werden. So zählte das rituelle Sammeln von Unterschriften oder das Verfassen von Petitionen für Davis zum festen Ablauf bei einer Vielzahl von Gewerkschafts-, FDJ-Gruppen- und Kreisdelegiertentreffen. Die Spannweite an gesellschaftlichen Gruppen, die dem Aufruf zur Solidarität mit Davis folgten, reichte von Betriebs-, Theater- und Schülergruppen über Konsumgenossenschaften und Hausgemeinschaften bis zur Unfallstation eines Bezirkskrankenhauses. Eine umfassende wissenschaftliche Betrachtung der Wirkungsweisen von Solidaritätskampagnen in der Lebenswelt der DDR-Bevölkerung – über die Ebene der offiziellen Steuerung hinaus – erfordert jedoch einen weiterentwickelten Interpretationsansatz. Zu fragen wäre nach einer DDR-spezifischen Alltagskultur des Kalten Kriegs; dabei müssten generationell variierende Bedürfnisse, Interessen und Orientierungen stärker berücksichtigt werden. Persönliche Erinnerungen an Solidaritätsaktionen, wie sie im Zusammenhang mit Davis' viel späteren Deutschlandbesuchen von 2003 und 2010 sowie anlässlich der 40. Jahrestage ihrer DDR-Besuche in den Medien zu finden waren, weisen darauf hin, dass die Solidaritätsbewegung zumindest für einen Teil ehemaliger DDR-Bürger bedeutsam geblieben ist – und im Rückblick auch neue Bedeutungsschichten erhält.<sup>83</sup>

Sophie Lorenz, Ruprecht-Karls-Universität Heidelberg, Historisches Seminar, Grabengasse 3-5, D-69117 Heidelberg, E-Mail: sophie.lorenz@zegk.uni-heidelberg.de

<sup>82</sup> Martin Sabrow, Sozialismus als Sinnwelt. Diktatorische Herrschaft in kulturhistorischer Perspektive, in: ders. (Hg.), *Zeiträume. Potsdamer Almanach des Zentrums für Zeithistorische Forschung 2007*, Göttingen 2008, S. 164-181, hier S. 171.

<sup>83</sup> Einige Beispiele für diese ostdeutsche Erinnerungskultur aus der Zeit nach der deutschen Einheit: Petra Pau, Angela, Erna und Rosenholz. Nachdenkliches über Prachtköpfe und Bürgerkriege [2003], URL: <[http://www.petra-pau.de/person/lesbar/030903\\_disput-0308.htm](http://www.petra-pau.de/person/lesbar/030903_disput-0308.htm)>; Michael Pilz, Angela und ich, in: *Berliner Morgenpost*, 17.7.2003; Wolfgang Kohrt, Eine Million Rosen für Angela Davis. Die Frau, die man zur Ikone machte, ist wieder in Berlin, in: *Berliner Zeitung*, 8.1.2005; Steffen Reichert, Rote Rosen für Angela Davis, in: *Sächsische Zeitung*, 23.6.2010; Klaus Steiniger, *Angela Davis. Eine Frau schreibt Geschichte. Mit einem Vorwort von Angela Davis*, Berlin 2010; ders., Solidarität in Postsäcken, URL: <<http://www.mdr.de/damals/angela-davis/davis228.html>> (gefilmtes Interview, 28.8.2012, 3:26 Min.). Unter <<http://www.mdr.de/damals/angela-davis/index.html>> findet sich dort auch aufschlussreiches historisches Filmmaterial.